

Skizze einer vergleichenden Forschungsagenda zum Populismus

Kaltwasser, Cristóbal Rovira

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kaltwasser, C. R. (2011). Skizze einer vergleichenden Forschungsagenda zum Populismus. *Totalitarismus und Demokratie*, 8(2), 251-271. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-326287>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Skizze einer vergleichenden Forschungsagenda zum Populismus

Cristóbal Rovira Kaltwasser



Dr. Cristóbal Rovira Kaltwasser, geb. 1978 in Punta Arenas (Chile); Marie Curie Fellow am Sussex European Institute (SEI) der Universität Sussex; zuvor Studium der Soziologie an der Univer-

sidad de Chile und der Universität Heidelberg; 2009 Promotion in Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin; ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter im chilenischen Büro des United Nations Development Programme (UNDP) und am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Abstract

Both in public opinion and the realm of the social sciences a common definition of populism is absent. The concept of populism has been used to refer to such a variety of phenomena, that it is more than problematical for undertaking comparative analysis. In this paper I discuss different methodological approaches to define populism and I argue that a minimal concept of populism is the most fruitful approach to develop a comparative research agenda. To show this, I compare the minimal definitions developed by Kurt Weyland (populism as a political strategy) and Cas Mudde (populism as a thin-centered ideology). Moreover, I explain why Mudde's definition should be the starting point for a comparative research agenda on populism. To conclude, I show that this minimal definition is helpful for analyzing the ambivalent relationship between populism and democracy.

I. Einleitung

Populismus ist weder ein marginales noch ein auf einen bestimmten geographischen Raum beschränktes Phänomen der Gegenwart.¹ Spätestens seit den 1990er Jahren werden populistische Akteure, Bewegungen und Parteien sowohl in West- und Osteuropa als auch in Nord- und Südamerika immer zahlreicher.² Entgegen seiner ubiquitären Verbreitung sind in der Regel jedoch nur Einzelfallstudien Gegenstand der Diagnose. Vergleichende Studien zum Thema gibt es bisher kaum. Wie lässt sich eine vergleichende Perspektive zum gegenwärtigen Populismus entwickeln, die nicht nur regionale, sondern auch überregionale

-
- 1 Eine kürzere Version dieses Beitrags wurde als Einleitung eines Hefts der Zeitschrift *Berliner Debatte Initial* veröffentlicht, welches sich mit unterschiedlichen Facetten und regionalen Erscheinungsformen des Populismus beschäftigt. Für hilfreiche Kommentare und Korrekturen bin ich Giorgia Bulli, Paula Diehl, Gudrun Mouna und Dag Tanneberg sehr dankbar. Diese Forschung wurde durch ein Post-Doktoranden-Stipendium der Alexander von Humboldt-Stiftung finanziert.
 - 2 Paul Taggart, *Populism*, Buckingham 2000.

Analysen ermöglichen soll? Wo liegen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Erscheinungsformen des Populismus? Und inwiefern kann der Populismus den gegenwärtigen Demokratien tatsächlich nutzen bzw. schaden?

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit dieser Problematik und versucht, die Leitlinien einer Forschungsagenda zu skizzieren, damit solche Fragen in zukünftigen Studien beantwortet werden können. Dazu gliedert sich dieser Beitrag in sechs Teile. Erstens wird der Begriff des Populismus diskutiert und dabei gezeigt, dass ein Minimalbegriff der Ausgangspunkt einer regionalen und über-regionalen Forschungsagenda sein sollte. Danach werden zwei paradigmatische (und möglicherweise die einzigen) Fallbeispiele einer *minimalen* Definition des Populismus knapp erläutert: einerseits Kurt Weylands Ansatz und andererseits Cas Muddes Standpunkt. Im vierten Teil wird Position bezogen und argumentiert, warum gerade Muddes minimale Definition des Populismus der Ausgangspunkt einer vergleichenden Forschungsagenda sein sollte. Der nächste Teil zeigt, inwiefern Muddes Begriff ebenso eine fruchtbare Perspektive für die Analyse der ambivalenten Beziehung zwischen Populismus und Demokratie eröffnet. Zum Schluss folgen eine kurze Zusammenfassung mit den Hauptargumenten dieses Beitrags und etliche Forschungsfragen für zukünftige Studien.

II. Plädoyer für eine minimale Definition des Populismus

Zweifellos verkörpert der Populismus ein vieldeutiges Phänomen. Deshalb scheint es kein Zufall zu sein, dass in den Sozialwissenschaften eine klare und gemeinsame Definition nicht existiert. Schon die klassische Studie von Ernest Gellner und Ghita Ionescu³ stellte fest, dass sich der Populismus in den Sozialwissenschaften mindestens in vier unterschiedlichen Formen konzipieren lässt, nämlich als Ideologie, Diskurs, Strategie und Syndrom. Aufgrund dieser begrifflichen Verwirrung haben etliche Autoren von der Verwendung des Populismuskonzepts abgeraten. Piero Ignazi⁴ hat zum Beispiel in seiner Studie über neue radikale Rechtsparteien in Europa explizit auf den Populismusbegriff verzichtet, weil dieser – aus seiner Sicht – nicht zum Erkenntnisgewinn beiträgt: weder für die Definition noch für die Erforschung solcher Parteien. Ian Roxborough⁵ betrachtet die Verwendung des Populismusbegriffs für die Studien lateinamerikanischer Regime, die häufig als populistisch bezeichnet werden, wie etwa Perón in Argentinien, Vargas in Brasilien und Cárdenas in Mexiko, mit ähnlicher

3 Ernest Gellner/Ghita Ionescu (Hg.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London 1969.

4 Piero Ignazi, *Extreme Right Parties in Western Europe*, Oxford 2003, S. 29 f.

5 Ian Roxborough, *Unity and Diversity in Latin American History*. In: *Journal of Latin American Studies*, 16 (1984) 1, S. 9–16.

Skepsis, weil dadurch gewisse historische Gemeinsamkeiten unterstellt werden, die jedoch mehr als fragwürdig sind.

Allerdings beruht die Vieldeutigkeit des Populismus nicht nur auf seinen verschiedenen Erscheinungsformen (Phänomen selbst) und den damit einhergehenden diversen Begrifflichkeiten (Konzeptualisierung), sondern auch auf impliziten oder expliziten normativen Prämissen, die der Rede vom Nutzen und Schaden des Populismus für die Demokratie den Weg bahnen (Effekte des Phänomens auf die Demokratie). So vertritt Pierre Rosanvallon⁶ die These, dass der Populismus eine demokratische Pathologie darstelle: Es handele sich um eine Form von politischem Extremismus, der sich auf die Volkssouveränität berufe, um dadurch jedwede Art politischer Repräsentation für illegitim zu erklären. Im Gegensatz dazu entwickelte Ernesto Laclau⁷ eine besondere Theorie des Populismus, die diesen als eine politische Logik konzipiert, welche eine wichtige Leistung für die Demokratie erbringen kann: die Artikulation gegenwärtig unterdrückter Interessen und Ansprüche. Infolgedessen, so Laclau, komme eine Demokratisierung der Demokratie in Gang.

In diesem Zusammenhang lässt sich feststellen: Die Entwicklung eines Populismusbegriffs, der für die Realisierung regionaler und überregionaler Analysen hilfreich wäre, ist zumindest mit zwei Herausforderungen verbunden. Zum einen muss eine Definition gefunden werden, die nicht nur bei der Beschreibung eines Fallbeispiels (etwa Hugo Chávez in Venezuela oder Geert Wilders in den Niederlanden), sondern auch bei der Analyse mehrerer und in gewisser Hinsicht unterschiedlicher Erscheinungsformen des Populismus anwendbar ist. Zum anderen müsste diese Definition sich von normativen Debatten distanzieren, damit die positiven respektive negativen Auswirkungen des Populismus auf die Demokratie *empirisch* untersucht werden können – denn die ambivalente Beziehung zwischen Populismus und Demokratie kann nicht nur mittels theoretischer und normativer Reflexion bearbeitet werden.

Beiden Herausforderungen trägt am besten Giovanni Sartori⁸ Rechnung, der mit besonderer Schärfe auf das Problem der Intension und Extension sozialwissenschaftlicher Begriffe hinwies. Je umfangreicher die Darstellung eines Konzepts (Intension), desto kleiner fällt sein Anwendungsbereich aus (Extension), weil die angedeuteten Merkmale nur für spezifische Fallbeispiele gelten. Insofern plädiert Sartori für die Anwendung von Minimalbegriffen, das heißt für Definitionen, die nur die Kernelemente eines Phänomens aufgreifen. Dadurch lassen sich klare und einfache Begriffe entwickeln, die ohne große Probleme für

6 Pierre Rosanvallon, *Counter-Democracy. Politics in an Age of Distrust*, Cambridge 2008, S. 265–273.

7 Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, London 2005.

8 Giovanni Sartori, *Concept Misformation in Comparative Politics*. In: *American Political Science Review*, 64 (1970) 4, S. 1033–1053. Siehe dazu David Collier/John Gering (Hg.), *Concepts and Method in Social Science. The Tradition of Giovanni Sartori*, New York 2009.

die Analyse unterschiedlicher Länder und Regionen nutzbar sind.⁹ Robert Dahls¹⁰ minimale Definition von Demokratie eignet sich für die vergleichende Politikwissenschaft, gerade weil sie eine Mindestmenge notwendiger Eigenschaften beinhaltet, die es ermöglichen, überhaupt von „Demokratie“ zu reden.¹¹

Allerdings ist die Kehrseite eines jeden Minimalbegriffs, dass er wenig analytisches Potenzial enthält, wichtige Unterschiede bei verschiedenen Ausprägungen eines Phänomens zu identifizieren.¹² Nicht zufällig wird an Dahls Minimalbegriff von Demokratie kritisiert, dass er etwa die Rolle des Rechtsstaats ausklammert und insofern für einen gemeinsamen Nenner viel zu eng gefasst ist.¹³ Um dieses Problem zu beheben, wurden weitere Demokratiekonzepte entwickelt, die sich einerseits auf Dahls Minimalbegriff stützen und andererseits *zusätzliche* Merkmale vorschlagen, damit „mangelhafte“ von „hochwertigen“ Demokratien unterschieden werden können. In diesem Sinne verkörpern Minimalbegriffe ein hilfreiches Werkzeug der vergleichenden Forschung. Sie bieten einen gemeinsamen Nenner an, aus dem anschließend Subtypen abgeleitet werden können, das heißt spezifische Ausformungen des betreffenden Forschungsobjekts (z. B. Demokratie im Dahl'schen Sinne), die bestimmte Charakteristika (z. B. mangelnde Rechtsstaatlichkeit oder ein parlamentarisches System) aufweisen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass minimale Begriffe immer eine begrenzte Anzahl von Eigenschaften beinhalten, die als primäre Kategorien ver-

9 Eine Minimaldefinition darf nicht mit einem Idealtypus verwechselt werden. Letzterer erfasst zwar die wesentlichen Aspekte eines Phänomens, in der Realität treten diese jedoch mitunter *nur teilweise* in Erscheinung. Im Gegensatz dazu hebt eine Minimaldefinition diejenigen Elemente hervor, die vorhanden sein müssen – notwendige und hinreichende Bedingungen –, damit von diesem Phänomen überhaupt die Rede sein kann. Diese Anmerkung ist wichtig, da die meisten Populismusbegriffe tatsächlich Idealtypen darstellen, mit denen man einen wertvollen Einblick gewinnt. Für die Durchführung empirischer und vor allem überregional vergleichender Analysen stellen sie hingegen ein Problem dar, weil sie mehrere Aspekte erfassen und insofern die Verwendung des Begriffs in unterschiedlichen Kontexten erschweren. Siehe dazu Max Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1968.

10 Robert Dahl, *Polyarchy: Participation and Opposition*, New Haven 1971; ders., *Democracy and Its Critics*, New Haven 1989.

11 Bekanntlich beruht Dahls minimale Definition von Demokratie auf dem Vorhandensein zweier Dimensionen: politische Partizipation und politischer Wettbewerb. Aus dieser Sicht wird Demokratie als Regimetyp verstanden, der zumindest zwei politische Garantien absichern kann. Zum einen die Existenz von Institutionen und Prozeduren, die es erlauben, dass Bürger und Bürgerinnen ihre Präferenzen über alternative politische Optionen formulieren können. Zum anderen hat die Bevölkerung das Recht zur Teilnahme an der Wahl von nationalen Führern und Politiken. Siehe Renske Doorenspleet/Peter Kopecký, *Against the Odds. Deviant Cases of Democratization*. In: *Democratization*, 15 (2008) 4, S. 697–713; Guillermo O'Donnell, *Illusions about Consolidation*. In: *Journal of Democracy*, 7 (1996) 2, S. 34–51, hier 35.

12 Hans Keman, *Comparative Research Methods*. In: Daniele Caramani (Hg.), *Comparative Politics*, Oxford 2009, S. 77.

13 Wolfgang Merkel, *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*, Wiesbaden 2010, S. 30.

standen werden, und sie können ebenso durch sekundäre Kategorien ergänzt werden, um dadurch spezifische Subtypen zu identifizieren.

Gewiss stellt Sartoris Ansatz eine nützliche Perspektive für die Realisierung vergleichender Forschung dar. Dennoch lässt sich dieser Ansatz aus der Sicht von David Collier und James Mahon¹⁴ ergänzen, indem nicht nur mit klassischen, sondern auch mit sogenannten radialen Konzepten gearbeitet wird. Während erstere durch eine stringente Systematik von Begriffen gekennzeichnet sind, wonach jeder Begriff klare Grenzen hat und die betreffenden Fälle eine sehr enge Anzahl von Eigenschaften teilen müssen, beruhen die zweiten auf dem Wittgensteinschen Prinzip der Familienähnlichkeit, das heißt wenn verschiedene Fälle eine Reihe von Elementen in unterschiedlicher Intensität aufzeigen, können sie derselben analytischen Kategorie subsumiert werden. So gesehen kann der Populismus als radialer Begriff verstanden werden, der laut Kenneth Roberts¹⁵ die folgenden fünf Eigenschaften hat, wobei diese nicht immer überall bzw. in der gleichen Intensität vorhanden sein müssen:

- a) einen personalistischen und paternalistischen Stil der politischen Führung, die nicht unbedingt charismatisch sein muss;
- b) eine heterogene und klassenübergreifende politische Koalition, die auf marginalisierte Gruppen der Gesellschaft fokussiert ist;
- c) einen top-down-Prozess der politischen Mobilisierung, der entweder die institutionalisierte Form der politischen Repräsentation umgeht oder sie durch die Konstituierung einer direkten Verbindung zwischen Massen und Volk ersetzt;
- d) eine amorphe oder eklektische Ideologie, die durch eine Verherrlichung der marginalisierten Gruppen der Gesellschaft oder eine anti-elitäre Natur charakterisiert ist;
- e) ein ökonomisches Projekt, das redistributive oder klientelistische Methoden zur Generierung einer materiellen Fundierung entwickelt, die zur Gewinnung der Unterstützung von marginalisierten Gruppen der Gesellschaft verwendet wird.

Dank Roberts' Begriffsvorschlag lassen sich Subtypen des Populismus identifizieren, die durch das Fehlen einer der oben skizzierten Eigenschaften gekennzeichnet sind. In der Tat vertritt er die These, dass Fujimori in Peru (1990–2000) ein Vertreter des neoliberalen Populismus bzw. Neopopulismus ist, weil sein Regime kaum ökonomische Umverteilung, sondern eher eine selektive Form von Klientelismus auf der Mikroebene in Gang gesetzt hat, damit bestimm-

14 David Collier/James Mahon, Conceptual ‚Stretching‘ Revisited. Adapting Categories in Comparative Analysis. In: *The American Political Science Review*, 87 (1993) 4, S. 845–855.

15 Kenneth Roberts, Neoliberalism and the Transformation of Populism in Latin America. The Peruvian case. In: *World Politics*, 48 (1995) 1, S. 82–116.

te marginalisierte Gruppen der Gesellschaft kooptiert werden konnten.¹⁶ Wie dieses Beispiel zeigt werden Subtypen im Falle radialer Konzepte durch die *Subtraktion* einer oder mehrerer Eigenschaften gebildet. Im Gegensatz dazu werden Subtypen im Falle minimaler bzw. klassischer Konzepte durch die *Addition* einer oder mehrerer Eigenschaften konstruiert. Die folgende Skizze stellt beide Formen der Begriffsbildung dar:

Skizze 1: Logik der minimalen bzw. klassischen sowie radialen Begriffe

Minimale bzw. klassische Begriffe		Eigenschaften				
Primäre Kategorien	Minimalbegriff	A	B	C		
	Subtyp 1	A	B	C	D	
Sekundäre Kategorien	Subtyp 2	A	B	C	E	
Radiale Begriffe		Eigenschaften				
Primäre Kategorien	Radialer Begriff	A	B	C	D	E
	Subtyp 1	A		C	D	E
Sekundäre Kategorien	Subtyp 2	A	B	C		E

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf Collier/Mahon, *Conceptual ‚Stretching‘ Revisited*, S. 849.

Wenngleich Roberts' Auslegung des Populismus als radialer Begriff auf den ersten Blick plausibel erscheint, ist sie in mehrerer Hinsicht problematisch. Zum einen wird eine Liste primärer Kategorien präsentiert, die die Kerneigenschaften des Populismus verkörpern, obwohl unterschiedliche Forscherinnen und Forscher sicherlich gewisse Eigenschaften hinzufügen bzw. streichen würden.¹⁷ Zum anderen wird argumentiert, dass sich ein Subtyp von Populismus identifizieren lässt, wenn eine dieser Eigenschaften mit weniger Intensität auftritt oder nicht vorhanden ist. Allerdings ist diese Regelung mehr als arbiträr. Warum soll nur eine Eigenschaft und nicht etwa zwei oder drei Eigenschaften subtrahiert werden, um Subtypen von Populismus zu bilden? Und wie lässt sich die Intensität einer Eigenschaft messen? Kurz gesagt: Die Identifizierung verschiedener Eigenschaften, die nicht als notwendige und hinreichende Bedingungen eines Konzepts angesehen werden, trägt mehr zur Konfusion als zur Klärung des Populismusbegriffs bei.¹⁸ Dabei wird ein Konsens über mehrere Charakteristika

16 Ebd., S. 91.

17 Für ein ähnliches Argument siehe Ruth Berins Collier, *Populism*. In: Neil J. Smelser/ Paul B. Baltes (Hg.), *International Encyclopedia of Social and Behavioral Sciences*, Oxford 2001, S. 11813–11816.

18 Allan Sikk, *Parties and Populism*. In: Centre for European Politics, Security & Integration Working Paper, 2009, 2, S. 4, 12; Kurt Weyland, *Clarifying a Contested Concept*.

als definitorische Eigenschaften des Populismus postuliert, der nicht vorhanden ist.

Vor allem für die überregional vergleichende Forschung wäre ein Minimalbegriff von Vorteil. Damit könnte zum einen der Populismus in unterschiedlichen Regionen und Zeithorizonten (conceptual traveling) analysiert, zum anderen das Problem der Ausdehnung des Populismusbegriffs aufgrund seiner Verwendung in verschiedenen Kontexten (conceptual stretching) vermieden werden. Während die Anwendung von Minimalbegriffen und entsprechenden Subtypen in manchen Bereichen der Sozialwissenschaften (etwa der Demokratieforschung) sehr etabliert ist, scheint dies bei der Populismusforschung nicht der Fall zu sein. Dennoch lassen sich in der wissenschaftlichen Literatur zwei minimale Definitionen von Populismus identifizieren, die für das Studium der lateinamerikanischen und/oder europäischen Gegenwart verwendet werden. Im Folgenden werden beide Definitionen dargestellt.

III. Weylands Minimalbegriff: Populismus als politische Strategie

Im Gegensatz zu Autoren, die entweder ein diffuses Konzept von Populismus vorschlagen oder ihn als die Verfolgung nicht nachhaltiger makroökonomischer Programme definieren, legte Kurt Weyland ein Konzept vor, das eine Wende in der langen Debatte über den lateinamerikanischen Populismus bewirkte. Kurz und bündig konzeptualisiert er den Populismus „als eine politische Strategie, mit dem ein personalistischer Führer, gestützt auf direkten, nicht mediatisierten und uninstitutionalisierten Rückhalt bei einer großen Anzahl von hauptsächlich unorganisierten Massen, Regierungsmacht erstrebt oder ausübt.“¹⁹ Bezogen auf diesen Begriff analysiert Weyland jüngere Beispiele des lateinamerikanischen Populismus, die nicht im Zusammenhang mit den ökonomischen Agenden älterer Populisten, wie etwa Juan Domingo Perón, stehen. Insofern offenbart der Blick auf Carlos Menem in Argentinien (1989–1999), Fernando Collor de Mello in Brasilien (1990–1992) und Alberto Fujimori in Peru (1990–2000) eine unerwartete Affinität zwischen Neopopulismus und Neoliberalismus.²⁰

Allerdings liegt der Wert von Weylands Definition nicht nur in der Ermöglichung der Analyse „neuer“ Erscheinungsformen des lateinamerikanischen

Populism in the Study of Latin American Politics. In: *Comparative Politics*, 34 (2001) 1, S. 3, 10.

19 Ebd., S. 14. Übersetzung Cristóbal Rovira Kaltwasser.

20 Jolle Demmers/Alex Fernández Jilberto/Barbara Hogenboom, *The Transformation of Latin American Populism. Regional and Global Dimensions*. In: dies. (Hg.), *Miraculous Metamorphoses. The Neoliberalization of Latin American Populism*, London 2001, S. 1–21; Roberts, *Neoliberalism*; Kurt Weyland, *Neopopulism and Neoliberalism in Latin America. Unexpected Affinities*. In: *Studies in Comparative International Development*, 31 (1996) 3, S. 3–31.

Populismus, sondern auch in der Entwicklung einer begrifflichen Perspektive, die zur vergleichenden Studie des Populismus beitragen kann. Um diese Besonderheit zu verstehen, lohnt es sich, die folgenden vier Aspekte dieser minimalen Definition von Populismus zu eruieren: politische Strategie; personalistischer Führer; direkter, nicht mediatisierter und uninstitutionalisierter Rückhalt in Teilen der Bevölkerung; unorganisierte Massen.

Die Idee einer politischen Strategie wird hier im Gegensatz zum Konzept des politischen Stils verwendet. Während erstere auf die Mittel hinweisen, die ein Führer benutzt, damit er oder sie an die Macht kommt bzw. politische Macht ausüben kann, verweist zweites auf expressive Aspekte, wie etwa der öffentliche Auftritt eines Führers oder die Art, wie er oder sie die Massen anspricht. Aus Weylands Sicht ist das Konzept des politischen Stils viel zu vage und hat das Problem, dass fast alle politischen Führer einen populistischen Stil in bestimmten Momenten annehmen (zum Beispiel in Wahlkampagnen), so dass man beinahe jeden politischen Führer als populistisch bezeichnen könnte. Im Gegensatz dazu begrenzt die Definition des Populismus als politische Strategie die Debatte auf die Methoden der Gewinnung und Ausübung politischer Macht. So gesehen steht der Populismus in Verbindung mit institutionellen und organisatorischen Elementen, nicht aber mit ideologischen und/oder kulturellen Eigenschaften.

Aufgrund der Betonung der Idee einer personalisierten Führung fokussiert Weyland die Debatte auf das Aufkommen politischer Entrepreneure, die dank ihrer Fähigkeiten, wie beispielsweise Charisma oder der Thematisierung bestimmter Probleme, die vom Establishment nicht als solche angesehen werden, großen Rückhalt gewinnen können. Demzufolge verzeichnet der Populismus eine Art von Verknüpfung zwischen Politik und Gesellschaft, wonach intermediäre Organisationen – etwa politische Parteien – entweder umgangen, oder entinstitutionalisiert und an den Willen des Führers angepasst werden. Dies bedeutet, dass beim Populismus die Herrschaft in der Hand eines Individuums und weniger in der Hand einer Gruppe liegt. Dementsprechend sind populistische Führer in der Nutzung von Massenmedien – vor allem des Fernsehens – sehr talentiert, weil sie dadurch die Kultivierung einer quasi personellen Verbindung mit ihrer Gefolgschaft entfalten können.

Ein dritter Aspekt von Weylands Definition, der bereits angedeutet wurde, beruht auf der Existenz einer besonderen Art der Verbindung zwischen dem Führer und seiner Wählerschaft. Da der populistische Führer intermediäre Organisationen zu umgehen versucht, generiert er keinen institutionalisierten Kontakt mit seiner Gefolgschaft. Das Vorhandensein eines direkten, nicht mediatisierten und uninstitutionalisierten Rückhalts zeigt, dass die Stärke des Populismus in seiner Kapazität liegt, eine intensive und zahlreiche Unterstützung zu schaffen. So glorifiziert der Populismus die Realisierung von Wahlen, Plebisziten und Massendemonstrationen, weil alle diese Mechanismen den Weg für die Kultivierung einer direkten Verknüpfung zwischen dem Führer und seiner Gefolgschaft bahnen. In diesem Sinne spricht Weyland vom Populismus als

einem „flüssigen“ Verhältnis, welches, sobald der Führer die Erwartungen der Wählerschaft enttäuscht, zu einem schnellen Ende kommen kann. Aus dieser Sicht lässt sich Populismus als vorübergehendes Phänomen begreifen: Entweder scheitert er, oder er wird, falls er erfolgreich ist, von etwas Neuem transzendiert.²¹

Zuletzt scheint es erwähnenswert, dass Weylands minimale Definition des Populismus auf große Menschenmengen anspielt, die normalerweise in keiner Verbindung zueinander stehen. Dennoch erkennt er, dass das Organisationsniveau der populistischen Gefolgschaft variieren kann. Deshalb unterscheidet er zwischen zwei Varianten. Entweder kann der populistische Führer bestimmte Organisationen kreieren, aber diese unter seiner Kontrolle halten (zum Beispiel Perón in Argentinien), oder er kann die existierenden politischen Parteien schwächen und keine eigene intermediären Institutionen etablieren (zum Beispiel Fujimori in Peru). Wenngleich das Organisationsniveau der populistischen Gefolgschaft variieren kann, bringt der Populismus eine Art Volksunterstützung hervor, wonach die Anhänger nicht als autonome politische Subjekte, sondern als Masse, die von oben bzw. dank des Führers mobilisiert wird, behandelt werden.

Diese kurze Auseinandersetzung mit Weylands Minimalbegriff zeigt, dass er einen Akzent auf institutionelle bzw. organisatorische Aspekte legt. Dennoch unterscheidet er ausdrücklich zwischen Populismus und Klientelismus.²² Letzterer ist eine besondere Art des Austausches zwischen Wählerschaft und Politikern, wonach die Wähler gewisse Güter (zum Beispiel direkte Auszahlungen oder privilegierten Zugang zum Arbeitsmarkt) als Gegenleistung für ihre Unterstützung für einen Schutzpatron oder eine Partei bekommen.²³ Infolgedessen ist beim Klientelismus die Verbindung zwischen Führer und Gefolgschaft durch ein *indirektes* System mit mehreren Ebenen von Brokern, die hierarchisch organisiert sind, gekennzeichnet. Hingegen existiert im Fall des Populismus eine *direkte* Verknüpfung zwischen einem personalisierten Führer und seiner Gefolgschaft, so dass weder politische Parteien noch andere Institutionen und Organisationen eine entscheidende Rolle spielen.

Es ist ebenso bemerkenswert, dass vorherige Konzeptionalisierungen des lateinamerikanischen Populismus häufig auf wirtschaftliche Maßnahmen wie unverantwortliche Wahlgeschenke hinwiesen,²⁴ die nach kurzfristiger Steigerung der Sympathiewerte mittel- und langfristig mehr Schaden als Nutzen verur-

21 Kurt Weyland, *The Rise and Decline of Fujimori's Neopopulist Leadership*. In: Julio Carrión (Hg.), *The Fujimori Legacy. The Rise of Electoral Authoritarianism in Peru*, University Park 2006, S. 36.

22 Weyland, *Clarifying a Contested Concept*, S. 14.

23 Herbert Kitschelt/Steven Wilkinson, *Citizen-politician Linkages. An Introduction*. In: dies. (Hg.), *Patrons, Clients, and Policies. Patterns of Democratic Accountability and Political Competition*, New York 2007, S. 1–49, hier 7 f.

24 Rudiger Dornbusch/Sebastian Edwards (Hg.), *The Macroeconomics of Populism in Latin America*, Chicago 1991.

sachten. Hingegen demonstriert Weyland, dass populistische Politiker durchaus unpopuläre Entscheidungen treffen, die nicht unbedingt von Nachteil für die ökonomische Entwicklung sind. Darüber hinaus leistet Weylands minimale Definition einen wichtigen Beitrag zur Analyse des ambivalenten Verhältnisses von Populismus und Demokratie, indem er zeigt, dass populistische Führer nicht *per se* antidemokratisch sind. Sie haben eher ein spezifisches Verständnis von Demokratie, dessen Besonderheit in der starken Befürwortung plebiszitärer Elemente und einer generalisierten Skepsis gegenüber jeglicher Form von politischer Intermediation liegt. Schon O'Donnell²⁵ postulierte, dass Populisten ein Herrschaftsmodell befürworten, welches sich als „delegative Demokratie“ bezeichnen lässt.

Obwohl Weyland seinen Begriff explizit im Kontext der Analyse des lateinamerikanischen Populismus entwickelte,²⁶ finden sich ähnliche Perspektiven in der Forschung zum europäischen Populismus. In der Tat entwarfen unterschiedliche Autoren ein Populismuskonzept, das auf institutionellen bzw. organisatorischen Merkmalen beruht. Mair²⁷ zum Beispiel versteht Populismus als ein Mittel zur Generierung einer Verbindung zwischen einer wachsenden, undifferenzierten und depolitisierten Wählerschaft und einem im Wesentlichen neutralen und unparteiischen Regierungssystem. Ein ähnliches Argument entwickelte Jun²⁸, der die These vertritt, der Populismus solle als ein Regierungsstil begriffen werden, der sowohl der Erosion der Parteiendemokratien als auch der wachsenden Komplexität politischer Entscheidungsprozesse entgegenzuwirken versucht. Wie diese Beispiele zeigen, genießt Weylands Minimalbegriff auch für die Analyse des europäischen Populismus eine hohe Plausibilität, und infolgedessen bietet er einen möglichen Ausgangspunkt für die Entwicklung einer vergleichenden Forschungsagenda.

25 Guillermo O'Donnell, Delegative Democracy. In: Journal of Democracy, 5 (1994) 1, S. 55–69.

26 Dennoch führte Weyland (1999) eine vergleichende Analyse neoliberaler Populisten in Lateinamerika und Osteuropa durch. Kurt Weyland, Neoliberal Populism in Latin America and Eastern Europe, Comparative Politics, 31(1999) 4, S. 379–401. Für eine neuere Interpretation des südamerikanischen und osteuropäischen Populismus, vor allem im Sinne der Auswirkung des Populismus auf den Demokratisierungsprozess in den entsprechenden Regionen, siehe Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, Populism and Democratization. From Friend to Foe? Beitrag zur Tagung ‚Comparing Transitions across Regions‘, Nuffield College, University of Oxford, 6. November 2010.

27 Peter Mair, Populist Democracy vs. Party Democracy. In: Yves Mény/Yves Surel (Hg.), Democracies and the Populist Challenge, Basingstoke 2002, S. 81–98, hier 84.

28 Uwe Jun, Populismus als Regierungsstil in westeuropäischen Parteiendemokratien. Deutschland, Frankreich und Großbritannien. In: Frank Decker (Hg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006, S. 234.

IV. Muddes Minimalbegriff: Populismus als (dünne) Ideologie

Den anderen Minimalbegriff, der sich in der Populismusforschung mittlerweile etabliert hat, prägte Cas Mudde²⁹ vor dem Hintergrund der Analyse populistisch-rechtsradikaler Parteien in Europa. Im Unterschied zu Weylands Ansatz, der sich auf institutionelle bzw. organisatorische Merkmale stützt, schlägt Mudde eine Definition vor, die sich auf diskursive bzw. ideologische Aspekte verlegt. Mit der expliziten Absicht, empirische Forschung zu unterstützen, konzipiert er den Populismus „als eine dünne Ideologie, die zum einen die Gesellschaft als letztlich zwei homogene und antagonistische Einheiten – das ‚wahre Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘ – begreift, und die zum anderen behauptet, Politik solle der Ausdruck der *volonté générale* (allgemeiner Wille) des Volkes sein“³⁰.

Diese Definition versucht den Kern dessen zu treffen, was in der akademischen Literatur als Populismus bezeichnet wird. Nicht zufällig hat Margaret Canovan³¹ in einem wegweisenden Buch behauptet, dass eine der wenigen Berührungspunkte aller Erscheinungsformen des Populismus in einer moralischen Interpretation einer Kluft zwischen Establishment und Volk liegt. Deshalb ist es wichtig, die folgenden drei Aspekte von Muddes Definition genauer zu analysieren: Ideologie; das „wahre Volk“ versus die „korrupte Elite“; und Politik als Ausdruck des allgemeinen Willens des Volkes.

Indem Mudde auf den Ideologiebegriff rekurriert, entwickelt er einen diskursiven Ansatz zur Analyse des Populismus. Dennoch steht seine Position nicht – zumindest nicht direkt – in Verbindung mit der Theorie des Populismus als Diskursartikulation von Ernesto Laclau oder Chantal Mouffe, sondern eher mit dem Werk von Michael Freeden.³² Basierend auf letzterem konzipiert Mudde den Populismus als eine „dünne“ Ideologie, die den Begriff „Volk“ in den Mittelpunkt rückt. Dies bedeutet, dass einzelne Erscheinungsformen des Populismus immer in Kombination mit ganz unterschiedlichen (dünnen und dichten) Ideologien, wie z. B. Konservatismus, Liberalismus, Nationalismus oder Sozialismus, auftreten.³³ Aus dieser Sicht leuchtet ein, dass der Populismus *per se* weder als rechts noch als links konzipiert werden kann. Außerdem divergiert diese Definition von den Ansätzen, die den Populismus durch institutionelle oder organisatorische Elementen kennzeichnen, wie zum Beispiel charismatische Führung und/oder ein Politikstil, der durch die Abwesenheit von Vermittlungsinstanzen charakterisiert ist. In diesem Sinne betont Mudde,³⁴ dass charismatische Führung

29 Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*. In: *Government & Opposition*, 39 (2004) 4, S. 541–563; Cas Mudde, *Populist Radical Right Parties in Europe*, New York 2007.

30 Mudde, *The Populist Zeitgeist*, S. 543. Übersetzung Cristóbal Rovira Kaltwasser.

31 Margaret Canovan, *Populism*, London 1981, S. 294.

32 Michael Freeden, *Ideologies and Political Theory. A Conceptual Approach*, Oxford 1996; Michael Freeden, *Ideology. A Very Short Introduction*, Oxford 2003.

33 Ben Stanley, *The Thin Ideology of Populism*. In: *Journal of Political Ideologies*, 13 (2008) 1, S. 95–110, hier 102.

34 Mudde, *The Populist Zeitgeist*, S. 545.

und direkte Kommunikation zwischen Führer und Volk die Entstehung von Populismus erleichtern, diesen aber nicht definieren.

Die Unterscheidung zwischen dem „wahren Volk“ und der „korrupten Elite“ ist ein zweites Kernelement von Muddes minimaler Definition des Populismus. So gesehen ist die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Lager dividiert, was zugleich bedeutet, dass Populismus im Gegensatz zu Elitismus und Pluralismus steht. Während beim Elitismus die Existenz einer Elite, die als Vorbild für die Gesellschaft agiert, vorausgesetzt wird, geht der Pluralismus davon aus, dass eine Gesellschaft nichts anderes darstellt als ein Ensemble verschiedener und zum Teil gegensätzlicher Gruppen, die dank der Herausbildung formell und informell politischer Institutionen eine friedliche Koexistenz schaffen können. Aus dieser Perspektive steht der Populismus in Verbindung mit dem Prozess der Demarkierung von Freund und Feind im Sinne Carl Schmitts³⁵, das heißt mit der Idee, dass das Politische auf der Bestimmung eines öffentlichen Erzfeindes beruht. Kurz gesagt: Populismus involviert eine moralisch manichäische Sprache, die die Elite als betrügerisch und manipulativ bezeichnet, und das Volk als eine tugendhafte kollektive Identität porträtiert.

Bemerkenswert ist ebenso Muddes Einbezug der Politik als Ausdruck des allgemeinen Volkswillens, womit er den Populismus als einen besonderen Begriff des Politischen erfasst, der eine radikale Interpretation von Rousseaus Argument der negativen Effekte von intermediären Institutionen, wie Parteien und Parlamenten, auf die Demokratie verkörpert. Demzufolge kritisieren populistische Akteure das Establishment wegen seiner Unfähigkeit, die Probleme der „einfachen Menschen“ zu erkennen bzw. seines Desinteresses an deren Problemen. In der Tat wird den etablierten Eliten misstraut bzw. man verachtet sie sogar, so dass zwei teilweise komplementäre Lösungen angeboten werden. Einerseits lässt sich durch die Implementierung direktdemokratischer Mechanismen die politische Macht an das Volk zurückgeben. Andererseits kann man den Anforderungen des Volkes besser gerecht werden, wenn der Führer und seine Technokraten mehr Macht erhalten, damit sie die Steine auf dem Weg zur Durchsetzung erfolgreicher bzw. verlangter Reformen ausräumen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass Mudde einen diskursiven Ansatz entwickelt hat, womit er den Populismus als eine besondere Ideologie begreift, die seit Beginn der 1990er Jahre in der westlichen Welt immer mehr Verbreitung findet. Allerdings bedeutet dies nicht, dass alle bzw. die meisten politischen Akteure als populistisch bezeichnet werden können. Trotz der zunehmenden Bewegung zur politischen Mitte und der Entwicklung eines catch-all-Profiles zeichnen sich die ideologischen Programme fast aller europäischen politischen Parteien durch die Akzeptanz eines pluralistischen Gesellschaftsbildes und einer liberalen Demokratie aus.³⁶ So gesehen steht der Populismus im Konflikt mit

35 Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Berlin 1932.

36 Mudde, *The Populist Zeitgeist*, S. 545.

dem Pluralismus und folgt deshalb immer einer bestimmten Maxime: Sobald das Volk gesprochen hat, gibt es nichts, was die Implementierung seines Willens einschränken soll: *vox populi vox dei*.³⁷ Mit anderen Worten: Der Populismus repräsentiert eine Art radikaler Demokratie. Diese wird nicht von Akteuren und Parteien geteilt, die das Vorhandensein von Institutionen verteidigen, die dem Ausdruck des allgemeinen Volkswillens Grenzen setzen. Freilich bedeutet das eine große Herausforderung für die gegenwärtigen Demokratien, weil sie durch die Zunahme und Bedeutsamkeit nicht gewählter Entitäten gekennzeichnet sind.³⁸

Bisher wurde Muddes Begriff fast ausschließlich zur Analyse des europäischen Populismus herangezogen. Dennoch steht seine Minimaldefinition in enger Verbindung mit einer Denktradition, die den lateinamerikanischen Populismus als Diskurs interpretiert.³⁹ In diesem Zusammenhang ist der Hinweis auf Carlos de la Torre⁴⁰ wichtig. Er versteht unter dem lateinamerikanischen Populismus einen Diskurs, der einen moralischen Kampf zwischen dem Volk und einer Oligarchie unterstellt. Allerdings folgt weder die populistische Wählerschaft noch die populistische Intelligenzija einer rein irrationalen und leidenschaftlichen Logik. Wie Kirk Hawkins⁴¹ im Fall Venezuelas behauptet, kann die Entstehung des Populismus als logische Antwort auf eine Legitimitätskrise des demokratischen Systems verstanden werden. Er verkörpert dann einen Diskurs, der eine *normative* Kritik am betrügerischen Handeln des politischen Establishments übt.

37 Cas Mudde, *The Populist Radical Right. A Pathological Normalcy*. In: *West European Politics*, 33 (2010) 6, S. 1167–1186, hier 1175.

38 Frank Vibert, *The Rise of the Unelected. Democracy and the New Separation of Powers*, New York 2007.

39 In der Tat schlug Kirk Hawkins zuletzt eine Definition des Populismus vor, die fast identisch mit Muddes Minimalbegriff ist: „Populism is a set of fundamental beliefs about the nature of the political world – a worldview or, to use a more rarified term, a ‚discourse‘ – that perceives history as a Manichean struggle between Good and Evil, one in which the side of the Good is ‚the will of the people‘, or the natural, common interest of the citizens once they are allowed to form their own opinions, while the side of Evil is a conspiring elite that has subverted this will“ (Kirk A. Hawkins, *Venezuela’s Chavismo and Populism in Comparative Perspective*, New York 2010, S. 5). Allerdings liegt Hawkins’ größeres Verdienst in der Entwicklung einer quantitativen Technik zur Identifizierung von Elementen der populistischen Ideologie in politischen Reden: Kirk A. Hawkins, *Is Chávez Populist? Measuring Populist Discourse in Comparative Perspective*. In: *Comparative Political Studies*, 42 (2009), 6, S. 1040–1067.

40 Carlos de la Torre, *Populist Seduction in Latin America. The Ecuadorian Experience*, Athens 2000, S. 12–19.

41 Hawkins, *Venezuela’s Chavismo*, S. 94.

V. Populismus als (dünne) Ideologie. Die Vorteile von Muddes Ansatz

Wie bereits angedeutet, zeichnet sich Weylands Definition durch die Betonung institutioneller bzw. organisatorischer Aspekte aus. Mudde setzt hingegen den Akzent auf ideologische bzw. diskursive Elemente. Beide Ansätze konnten sich in den Sozialwissenschaften etablieren und implizit oder explizit finden sie in den meisten akademischen Analysen des Populismus Verwendung. Es stellt sich die Frage, ob die beiden Entwürfe kombiniert werden können. Macht es Sinn, den Populismus mithilfe einer Zusammenstellung institutioneller und ideologischer Elemente zu definieren?

Wenngleich dieser Vorschlag plausibel erscheint und für die Analyse nationaler bzw. regionaler Ausprägungen von Populismus hilfreich sein könnte, kann die Kombination von institutionellen und ideologischen Elementen zu einer analytischen Überforderung führen – im Sinne der Entwicklung eines Minimalbegriffs des Populismus, der nicht nur für *regionale*, sondern auch für *überregionale* vergleichende Analysen dienlich sein soll. Kurz gesagt und Sartoris Position folgend: Nur durch die Herausbildung eines klaren Minimalbegriffs, der die notwendigen und hinreichenden Eigenschaften eines Phänomens erfasst, lässt sich ein Ansatz entwickeln, der das Problem der umgekehrten proportionalen Beziehung zwischen Intension und Extension sozialwissenschaftlicher Begriffe angehen kann. In dieser Hinsicht sollte ein Minimalbegriff von Populismus entweder institutionelle Aspekte (Weylands Position) oder ideologische Elemente (Muddes Position) in den Mittelpunkt stellen, so dass andere Eigenschaften im Nachhinein betrachtet werden können. Mit ihrer Hilfe lassen sich im Anschluss Subtypen eines regionalen bzw. nationalen Populismus konstruieren.

Aus meiner Sicht sollten die ideologischen Aspekte den Kern einer minimalen Populismusdefinition bilden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, fünf Vorteile von Muddes Minimalbegriff zu unterstreichen:

- a) Organisatorische bzw. institutionelle Definitionen des Populismus tendieren dazu, ihn lediglich als eine politische Strategie zu begreifen, die Einzelne anwenden, um die Massen zu mobilisieren bzw. zu umschmeicheln. Dabei wird lediglich die Angebotsseite (supply-side) beobachtet und Populismus häufig mit Opportunismus respektive Klientelismus vermischt. Dadurch aber gerät die Nachfrageseite (demand-side) des Populismus aus dem Blick und es bleibt kaum Raum für die Analyse der Motive und Begründungsmuster seiner Wählerschaft. Aus dieser Sicht stellt der Populismus eine Ideologie dar, die nicht nur von politischen Entrepreneuren benutzt werden kann, sondern auch unterschiedliche gesellschaftliche Sektoren teilen können. Wie Seymour Martin Lipset⁴² in seiner klassischen Studie zutreffend herausgearbeitet hat, können nicht nur Modernisierungsverlierer der populistischen Ideo-

42 Seymour M. Lipset, *Political Man. The Social Bases of Politics*, Garden City 1960, S. 125–128.

logie erliegen, sondern auch bürgerliche Gesellschaftsgruppen, vor allem wenn sie Angst vor einem Statusverlust haben.

- b) Der zweite Vorteil von Mudde's Minimalbegriff liegt darin, dass mit ihm gezeigt werden kann, dass unterschiedliche Erscheinungsformen des Populismus anhand seiner Organisationsform bzw. seines Institutionalierungsgrades erfasst werden können. Aus dieser Sicht besteht eine Wahlverwandtschaft zwischen Populismus und bestimmten organisatorischen bzw. institutionellen Ausprägungen – etwa der charismatischen Führung oder der Umgehung intermediärer Institutionen –, die in konkreten Fallbeispielen mehr oder weniger markant sein können. Beispielsweise identifizierte Kenneth Roberts⁴³ unterschiedliche Erscheinungsformen des Populismus in Lateinamerika anhand seiner Organisation auf der Parteiebene und in der Zivilgesellschaft. Ebenso ist evident, dass populistisch-rechtsradikale Parteien in Europa sowohl eine gut strukturierte Organisation (zum Beispiel die Schweizerische Volkspartei) als auch eine sehr starke personalisierte Struktur (zum Beispiel Wilders' Partei für die Freiheit in den Niederlanden) aufweisen.⁴⁴
- c) Wie Hawkins⁴⁵ zu Recht behauptet hat, werden aufgrund einer ideologischen bzw. diskursiven Definition von Populismus institutionelle bzw. organisatorische Aspekte nicht beiseite gelassen. Letztere werden vielmehr als Konsequenz einer populistischen Weltanschauung und nicht so sehr als definitorische Eigenschaften des Populismus begriffen. Darüber hinausgehend setzt die Konzeption des Populismus als eine „dünne“ Ideologie voraus, dass unterschiedliche Erscheinungsformen des Populismus Gebrauch von sehr verschiedenen Ideologien machen können. Zum Beispiel hat Mudde⁴⁶ in seiner Studie über die populistisch-rechtsradikalen Parteien in Europa festgestellt, dass die Ausländerfeindlichkeit solcher Parteien an deren Festhalten am Nativismus⁴⁷ liegt. Zugleich lassen sich im Fall Lateinamerikas seit den

43 Kenneth Roberts, *Populism, Political Conflict, and Grass-Roots Organization in Latin America*. In: *Comparative Politics*, 36 (2006) 2, S. 127–148.

44 Mudde, *Populist Radical Right Parties*; Pippa Norris, *Radical Right. Voters and Parties in the Electoral Market*, New York 2005, S. 217–250.

45 Hawkins, *Venezuela's Chavismo*, S. 40.

46 Mudde, *Populist Radical Right Parties*.

47 Nativismus wird von Mudde (*Populist Radical Right Parties*, S. 19) als eine Ideologie definiert, die behauptet, dass Staaten nur von einheimischen Bürgern bewohnt werden müssen, weil nicht einheimische Einwohner die Existenz des Nationalstaats bedrohen. So gesehen lassen sich die europäischen populistisch-rechtsradikalen Parteien nicht aufgrund ihres Populismus, sondern ihres Nativismus im Rechtsspektrum positionieren – für ein ähnliches Argument siehe Jens Rydgren, *The Sociology of the Radical Right*. In: *Annual Review of Sociology*, 33 (2007), S. 241–62, hier 242 f. In der Tat ist es nicht auszuschließen, dass sich in Europa auch populistische Parteien konstituieren können, die nicht mit dem Nativismus sympathisieren und insofern zum Linksspektrum gehören. Das beste Beispiel dafür ist sicherlich die Partei ‚die Linke‘ in Deutschland. Siehe Frank Decker, *Germany: Right-wing Populist Failures and Left-wing Successes*. In: Daniele Albertazzi/Duncan McDonnell (Hg.), *Twenty-First Century*

- 1990er Jahren zwei Wellen des Populismus identifizieren, die einerseits eine rechte und andererseits eine linke Position befolgen.⁴⁸ Kurz gesagt: Muddes Minimalbegriff trägt zur Differenzierung des Populismus nach bestimmten Elementen, die zwar vorkommen können, ihm aber nicht inhärent sind, bei.
- d) Viertens geht Muddes Minimalbegriff davon aus, dass sich Populisten immer auf eine Unterscheidung zwischen „dem wahren Volk“ und „der korrupten Elite“ berufen. Die Pole dieser binären Kodierung lassen sich allerdings unterschiedlich konzeptualisieren. Daher operiert diese binäre Kodierung in einer ähnlichen Art und Weise wie das asymmetrische Begriffspaar „Zivilisation“ und „Barbarei“, so dass die Kunst des Populismus in der Umkehrung der Sinndeutung des betreffenden Begriffspaares liegt.⁴⁹ Insofern erweisen sich das „wahre Volk“ und die „korrupte Elite“ als leere Signifikanten, die je nach Fall eine andere spezifische Konnotation tragen.⁵⁰ Dieser Argumentation folgend lässt sich ein inklusiver Populismus in Lateinamerika und ein exklusiver Populismus in Europa identifizieren: Während ersterer durch eine eher sozioökonomische Definition des Volkes als Außenseiter gekennzeichnet ist, tendiert der zweite zu einer eher soziokulturellen Definition des Volkes als geschlossene Ethnie.⁵¹
- e) Schließlich lässt sich durch Muddes Minimaldefinition ein gemeinsames Charakteristikum aller Erscheinungsformen des Populismus erkennen, nämlich die Tendenz, eine Repolitisierung der Gesellschaft zu bewirken. In der Tat bedeutet eine populistische Ideologie die Thematisierung gewisser Themen, die in der Öffentlichkeit und von den Eliten häufig nicht wahrgenommen werden, so dass sich populistische Akteure als die „wahre“ Stimme der einfachen Menschen zu positionieren versuchen. Nicht zufällig neigen populistische Entrepreneurs in Europa dazu, das Thema der Immigration zur Sprache zu bringen,⁵² während gegenwärtige populistische Führer in Lateinamerika die Idee zum Gegenstand machen, dass „eine andere Welt möglich ist“, das heißt eine Welt jenseits des Neoliberalismus.⁵³ Aus dieser Sicht verkörpert der Populismus so etwas wie einen betrunkenen Gast bei einem for-

Populism. The Spectre of Western Democracy, Basingstoke, S. 119–134; Dan Hough/Michael Koß, Populism Personified or Reinvigorated Reformers? The German Left Party in 2009 and Beyond. In: German Politics and Society, 27 (2009) 2, S. 76–91.

- 48 Flavia Freidenberg, La tentación populista. Una vía al poder en América Latina, Madrid 2007; Susanne Gratius, La ‚tercera ola populista‘ de América Latina, Working Paper FRIDE, 2007, S. 45.
- 49 Cristóbal Rovira Kaltwasser, Populismus. Jenseits von Dämonisierung und Vergötterung. In: Berliner Debatte Initial, 20 (2009) 1, S. 69–77, hier 72.
- 50 Stanley, The Thin Ideology of Populism.
- 51 Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, Voices of the Peoples: Populism in Europe and Latin America Compared, Kellogg Working Paper 378, 2011.
- 52 Chantal Mouffe, The ‚End of Politics‘ and the Challenge of Right-wing Populism. In: Francisco Panizza (Hg.), Populism and the Mirror of Democracy, London 2005, S. 56–60.
- 53 Kenneth Roberts, Repoliticizing Latin America. The Revival of the Populist and Leftist Alternatives. In: Woodrow Wilson, Update on the Americas, November 2007, S. 10.

mellen Essen: zum einen respektiert er die Manieren und Regeln der Gemeinschaft nicht, und zum anderen bringt er bestimmte unangenehme Wahrheiten ans Licht.⁵⁴

VI. Das Spannungsverhältnis zwischen Populismus und Demokratie

Die ambivalente Beziehung zwischen Populismus und Demokratie hat eine intensive Debatte in den Sozialwissenschaften angeregt, wobei heute nicht nur vom Schaden, sondern auch vom Nutzen des Populismus für die Demokratie geredet wird.⁵⁵ Wie am Anfang dieses Beitrags bemerkt, bedeutet nicht nur die Definition von Populismus, sondern auch die von Demokratie eine besondere Herausforderung für die Analyse sowie die Frage, ob es überhaupt ein Spannungsverhältnis beider Größen gibt.⁵⁶

Wenngleich es keinen Zweifel an ihrer ambivalenten Beziehung gibt, fehlt doch ein Konsens darüber, wie sich Populismus auf die Demokratie auswirkt. Während etliche Autoren der Meinung sind, dass Populismus ein pathologisches Phänomen verkörpert,⁵⁷ vertreten andere die These, er stelle eine positive Kraft dar, die eine Demokratisierung der Demokratie bewirken kann.⁵⁸ Wie lassen sich diese widersprüchlichen Ansichten erklären? Durch die ihnen zugrundeliegenden normativen Ideale darüber, wie Demokratie funktionieren soll.⁵⁹ In der Tat begreifen gerade die Autoren den Populismus als eine Pathologie, die das Modell der liberalen Demokratie befürworten. Hingegen tendieren die Autoren, die mit dem Modell der radikalen Demokratie sympathisieren, dazu, den Populismus als eine positive Kraft zu konzipieren.

-
- 54 Benjamin Arditì, *Populism as an Internal Periphery of Democratic Politics*. In: Francisco Panizza (Hg.), *Populism and the Mirror of Democracy*, London 2005, S. 90 f.
- 55 Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser (Hg.), *Populism in Europe and the Americas: Threat or Corrective to Democracy?*, New York 2012; Frank Decker, *Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven*. In: ders. (Hg.), *Populismus*, S. 9–32; Yves Mény/Yves Surel, *The Constitutive Ambiguity of Populism*. In: dies. (Hg.), *Democracies and the Populist Challenge*, S. 1–21; Francisco Panizza (Hg.), *Populism and the Mirror of Democracy*, London 2005, S. 50–71; Phillippe Schmitter, *A Balance Sheet of the Vices and Virtues of ‚Populisms‘*. In: *The Romanian Journal of Political Sciences*, (2007) 2, S. 5–11.
- 56 Gewiss ist der Begriff ‚Demokratie‘ innerhalb der Sozialwissenschaften ebenfalls äußerst umstritten, eine Abhandlung ihrer unterschiedlichen Interpretationen würde allerdings den Rahmen dieses Artikels sprengen. Siehe John Keane, *The Life and Death of Democracy*, New York 2009.
- 57 Paul Taggart, *Populism and the Pathology of Representative Politics*. In: Mény/Surel (Hg.), *Democracies and the Populist Challenge*, S. 62–80; Rosanvallon, *Counter-Democracy*.
- 58 Barry Cannon, *Hugo Chávez and the Bolivarian Revolution. Populism and Democracy in a Globalised Age*, Manchester 2009; Laclau, *On Populist Reason*.
- 59 Cristóbal Rovira Kaltwasser, *The Ambivalence of Populism. Threat and Corrective for Democracy*. In: *Democratization*, 18 (2011) (i. E.).

Um im Rahmen der Forschung diese normativen Interpretationen zu umgehen, erscheint Muddes minimale Definition des Populismus besonders hilfreich. Weil sie nach der Benennung der notwendigen und hinreichenden Merkmale des Populismus strebt, erliegt sie keiner allgemeinen These zur Beziehung zwischen Populismus und Demokratie. In diesem Sinne eröffnet dieser Minimalbegriff der empirischen Forschung eine Perspektive, ohne *a priori* zu beantworten, ob Populismus zum Idealmodell der Demokratie etwas addiert oder davon subtrahiert. So lässt sich ein blinder Fleck der politischen Theorie analysieren: die Existenz demokratischer Formen der Konstitution, Erhaltung und Transformation eines Volkes.⁶⁰

Zu Recht betont Sofia Näsström⁶¹, dass sowohl die deliberative als auch die liberale Demokratietheorie das Vorhandensein des Volkes voraussetzt und dessen Konstitution durch die „kontingenten Kräfte der Geschichte“ erklärt, das heißt ein Volk wird durch Tradition, Zwischenfälle und, mehr als häufig, Kriege geschaffen. Dies bedeutet, dass Demokratie nur dort entstehen kann, wo die unterschiedlichen Gruppen einer Gesellschaft eine Vereinbarung hinsichtlich des Rechts auf Staatsbürgerschaft treffen.⁶² In den Worten von Ivor Jennings⁶³: „Das Volk kann nichts entscheiden, bevor jemand entscheidet, wer das Volk ist“. Aus dieser Sicht wird die Frage nach der Legitimität der politischen Ordnung erst gestellt, wenn sich das Volk konstituiert hat. Inwiefern diese Tatsache nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis für die Demokratie problematisch sein kann, wird gerade durch Muddes Minimalbegriff gezeigt, da der Populismus einerseits an die Volkssouveränität appelliert und andererseits eine moralische Definition des Volkes beansprucht.

Gewiss ist der kontinuierliche Hinweis der populistischen Akteure auf das wahre Volk problematisch. Dennoch steckt eine legitime und äußerst demokratische Anforderung dahinter: Die Idee, dass das Volk nicht nur als konstituierte Gewalt, sondern auch als *pouvoir constituant* konzipiert werden kann. Aus dieser Sicht wird das Volk als die verfassungsgebende Gewalt *par excellence* betrachtet, das heißt diejenige politische Kraft und Autorität, die die Macht haben sollte, wenn es um die Kreation und Neugründung der übergeordneten legalen Prinzipien, die die Machtausübung regulieren, geht.⁶⁴ Somit fokussieren sich populistische Akteure auf das Enthüllen der Existenz einer unvermeidlichen Kluft zwischen Regierenden und Regierten. Denn die verfassungsgebende

60 Bonnie Honig, *Democracy and the Foreigner*, Princeton 2001; Rogers Smith, *Stories of Peoplehood. The Politics and Morals of Political Membership*, New York 2003.

61 Sofia Näsström, *The Legitimacy of the People*. In: *Political Theory*, 35 (2007) 5, S. 625–628.

62 Jørgen Møller/Svend-Erik Skaaning, *Stateness First?* In: *Democratization*, 18 (2011) 1, S. 1–24, hier 1.

63 Ivor Jennings, *The Approach to Self-Government*, Cambridge 1956, S. 56. Übersetzung Cristóbal Rovira Kaltwasser.

64 Andreas Kalvyas, *Popular Sovereignty, Democracy, and the Constituent Power*. In: *Constellations*, 12 (2005) 2, S. 225–228.

Gewalt ist nicht mit der verfassten Staatsgewalt identisch, sondern geht ihr voraus.⁶⁵

Darüber hinaus bietet Muddes minimale Populismusdefinition einer überregional vergleichenden Forschungsagenda zur ambivalenten Beziehung zwischen Populismus und Demokratie einen zusätzlichen Vorteil. Durch sie ließe sich analysieren, ob unterschiedliche Erscheinungsformen des Populismus institutionelle Transformationen verursachten, denen Demokratisierungs- oder Entdemokratisierungsprozesse folgten. Wie Giovanni Capoccia und Daniel Ziblatt⁶⁶ argumentieren, entwickeln sich die institutionellen Bausteine einer Demokratie normalerweise nicht synchron. Das wirft die Frage auf, ob und inwiefern der Populismus die historische Ausformung spezifischer demokratischer Institutionen (etwa die Erweiterung des Wahlrechts oder die Gründung bzw. Änderung der Verfassung) beeinflusst hat. Ebenso lassen sich die Auswirkungen des Populismus auf die unterschiedlichen Etappen – Liberalisierung, Transition und Konsolidierung – der dritten Demokratisierungswelle in Lateinamerika und Osteuropa untersuchen.⁶⁷

Abschließend sei noch einmal betont, dass Muddes Minimaldefinition des Populismus einen wichtigen Schritt in der regionalen und vor allem überregional vergleichenden Forschung bedeutet. Sie bietet einen guten Ausgangspunkt, um den Populismus als solchen und nicht in Verbindung mit anderen Phänomenen zu untersuchen. Dies verlangt eine Differenzierung des Populismus nach bestimmten Elementen, die zwar vorkommen können, ihm aber nicht inhärent sind. Zum Beispiel begründet der Multikulturalismus anscheinend eine Konfliktlinie in Westeuropa, die zum Auftreten eines fremdenfeindlichen Populismus führt. Andererseits zeigen lateinamerikanische Populisten sowohl von der rechten als auch von der linken Seite des politischen Spektrums Tendenzen zu klientelistischen Beziehungen mit ihrer Wählerschaft. Dennoch steht Populismus weder als Synonym für Xenophobie noch für Klientelismus. Es handelt sich um einen Diskurs, der unter bestimmten Bedingungen gewisse Bevölkerungsgruppen besonders anspricht. Zudem sollte der Populismus unserer Zeit nicht vorrangig als Pathologie begriffen werden. Angemessener ist seine Interpretation als Ideologie, die zum einen unangenehme Wahrheiten ausspricht und zum anderen eine bleibende demokratische Herausforderung darstellt.

Künftige Fallbeispielanalysen und -vergleiche können zeigen, ob und inwiefern der Populismus eine Gefahr oder ein Korrektiv für die Demokratie darstellt. Die demokratische Kehrseite des Populismus tritt in den Vordergrund, wenn eine Balance zwischen Mehrheitsprinzip und rechtsstaatlicher Gewalt (etwa

65 Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Staat, Verfassung, Demokratie. Studien zur Verfassungstheorie und zum Verfassungsrecht*, Frankfurt a. M. 1991.

66 Giovanni Capoccia/Daniel Ziblatt, *The Historical Turn in Democratization Studies. A New Research Agenda for Europe and Beyond*. In: *Comparative Political Studies*, 43 (2010) 8/9, S. 939–942.

67 Mudde/Rovira Kaltwasser, *Populism and Democratization*.

Minderheitenschutz) gefunden werden soll.⁶⁸ Da der Populismus eine monistische Ideologie ist, steht sie nicht nur mit dem Pluralismus, sondern auch und vor allem mit jedweder Beschränkung des Volkswillens im Konflikt. Allerdings ist dieser Konflikt ein konstitutives Element der modernen Demokratie und insofern regt der Populismus eine Debatte an, die sich weder einfach noch endgültig beantworten lässt.

VII. Schlussbetrachtung

Dieser Beitrag hat sich hauptsächlich zwei Ziele gesetzt. Zum einen wurde versucht, eine methodologische Diskussion um das Populismuskonzept zu entwickeln. Zweck dieser Diskussion war zu zeigen, dass ein minimaler Begriff des Populismus der Ausgangspunkt einer vergleichenden Forschungsagenda sein sollte. In dieser Hinsicht wurden die zwei einzigen Minimalbegriffe des Populismus, die sich in der akademischen Diskussion finden, ausführlich dargestellt: Weylands organisatorischer bzw. institutioneller Ansatz und Muddes ideologische bzw. diskursive Position. Zum anderen ist gezeigt worden, weshalb Muddes Minimalbegriff des Populismus mehrere Vorteile hat, vor allem wenn es um die Entwicklung einer vergleichenden Forschungsagenda geht. Der Begriff bahnt nicht nur den Weg für die Realisierung überregionaler Studien zum Populismus, sondern eröffnet auch eine anregende analytische Perspektive zur Erforschung der ambivalenten Beziehung zwischen Populismus und Demokratie.

Drei Themenkomplexe für künftige Untersuchungen lassen sich daraus skizzieren. Ein erster Themenkomplex ist die Entwicklung historischer Vergleiche von Erscheinungsformen des Populismus sowohl innerhalb einer Region (zum Beispiel Südamerika) als auch zwischen Regionen (zum Beispiel Südamerika und Nordamerika). Dabei wäre es wichtig zu analysieren, inwiefern die populistische Ideologie in unterschiedlichen Zeithorizonten andere Gestalten annehmen kann, die wiederum auf Veränderungen in der Art und Weise beruhen, wie „das wahre Volk“ und „die korrupte Elite“ definiert werden. Ebenso ließe sich durch historische Vergleiche beobachten, welche Ideologien mit dem Populismus kombiniert werden und inwiefern diese unterschiedlichen ideologischen Kombinationen nützlich und schädlich für die Demokratie sind.

Gewiss wäre ein zweiter Themenkomplex die Entwicklung gegenwartsbezogener Vergleiche, die sich mit der ganzen Welt beschäftigen. Denn der Populismus taucht nicht nur auf dem amerikanischen und dem europäischen Kontinent auf, sondern auch in Ozeanien (z. B. Pauline Hanson in Australien), Südostasien (z. B. Thaksin Shinawatra in Thailand), Westasien (z. B. Mahmud Ahmadine-

68 Mény/Surel, *The Constitutive Ambiguity*; Nadia Urbinati, *Democracy and Populism*. In: *Constellations*, 5 (1998) 1, S. 110–124.

schad in Iran) und ebenso in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion (z. B. Alexander Lukaschenko in Belarus). Eine ambitionierte und durchaus vielversprechende Studie wäre eine globale Analyse gegenwärtiger Erscheinungsformen des Populismus. Dadurch ließen sich zumindest zwei Beiträge leisten: Einerseits würde genauer beobachtet, wo die Gemeinsamkeiten und Unterschiede verschiedener Populismen liegen, andererseits würden verschiedene Subtypen von Populismus identifiziert.

Ein letzter Themenkomplex ist theoretischer Natur und beruht auf der genaueren Analyse von Muddes Minimalbegriff des Populismus. Indem dieser Begriff einen speziellen Akzent auf die Idee des Volkes legt, könnten sich zukünftige Studien mit anderen Ideologien beschäftigen, die sich auch auf das Konzept des Volkes stützen – etwa der Faschismus und der Nationalismus –, damit das Spezifische des Populismus im Vergleich zu anderen Weltanschauungen klarer wird. So ließe sich erforschen, ob es so etwas wie „konstituierende Momente“⁶⁹ gibt, in denen sich das Volk als verfassungsgebende Gewalt durchsetzen kann und eine populistische Kraft erweckt, die sowohl positive als auch negative Effekte auf die Demokratie haben kann.

69 Jason Frank, *Constituent Moments. Enacting the People in Postrevolutionary America*, Durham 2010.